ANTRAG

*Antragsteller*in:* *Jakob Dirnböck, Julian Fritsch, Yousef Hasan*

Tagesordnungspunkt: *16.c. Allgemeine Anträge*

A11: Islam in Österreich: Freiheit statt Fanatismus

Antragstext

Der Islam ist eine bedeutende Weltreligion, die im Zusammenspiel mit Bildung, Wissenschaft und Kultur über Jahrhunderte hinweg zur Entwicklung der Menschheit beigetragen hat und inzwischen etwa 2 Milliarden Anhänger:innen zählt. In Österreich gibt es bereits seit der Annektion Bosniens in die Habsburgermonarchie eine muslimische Tradition, durch die der Islam schon 1912 als Religionsgemeinschaft anerkannt wurde. Diese frühe Anerkennung des Islam schuf die Grundlage für ein geordnetes und respektvolles Zusammenleben. Mittlerweile hat sich der Islam als fester Teil von Österreich etabliert, der nicht mehr wegzudenken ist.

In den vergangenen Jahren sind besonders viele Menschen aus muslimisch geprägten Ländern nach Österreich gekommen, wodurch sich allerdings auch besonders konservative Ausprägungen des Islams verbreitet haben, die unseren Werten fundamental gegenüberstehen. Zudem breitet sich in radikalen Gruppen innerhalb der muslimischen Gemeinschaft eine zunehmende Gewaltbereitschaft aus, die große Sorge bereitet. Zuletzt hat uns der geplante islamistische Terroranschlag auf das Taylor Swift Konzert im Wiener Ernst Happel Stadion vor Augen geführt: Wir haben ein Problem, der Islamismus ist auch bei uns angekommen.

Leider hat die muslimische Gemeinschaft in Österreich ein Problem mit fundamentalen Islamisten, für die unser liberales Weltbild ein Feindbild ist. Diesen muss entschieden etwas entgegengesetzt werden, um unsere westlichen, liberalen Werte zu verteidigen. Auch die meisten Muslime in Österreich leiden unter den extremistischen Tendenzen, die es in Teilen der islamischen Community gibt. Keineswegs dürfen daher alle Muslime unter Generalverdacht gestellt werden – vielmehr sind sie unsere Verbündeten im Kampf gegen reaktionäre Einflüsse und Extremismus.

Klare Kante gegen Extremismus

Wir fordern ein **Verbot sämtlicher extremistischer Organisationen**. Einrichtungen, deren Zielsetzungen potenziell der Demokratie und dem Rechtsstaat zuwiderlaufen, müssen überwacht und bei Bestätigung eines Verdachts aufgelöst werden. Etwaige Vereinsmittel sollen im Zuge der Auflösung entzogen und für Radikalisierungsprävention eingesetzt werden. Auch nach der Auflösung soll das Umfeld durch die DSN überwacht werden, um sicherzustellen, dass die Organisation ihre Aktivitäten nicht inoffiziell weiterführt oder diese nur in den digitalen Raum verlegt.

Der **Schwur auf den Islamischen Staat** soll - wie der Eintritt in ein fremdes Militär - zum **Entzug der österreichischen Staatsbürgerschaft** führen. Ebenso soll er eine umgehende Ausweisung zur Folge haben. Auch die Teilnahme an Kalifat-Demonstrationen sowie die Verherrlichung islamistischer Straftaten sollen (aufenthaltsrechtliche) Konsequenzen haben. Wir bekennen uns außerdem zum Verbot der Verwendung von Symbolen islamistischer Terrororganisationen.

Extremistische Moscheen, in denen radikale Ideologien verbreitet werden, müssen **umgehend und konsequent geschlossen** werden. Um die Radikalisierung von Mitgliedern der Moscheegemeinde – wie etwa des Attentäters vom Terroranschlag in Wien von 2020[1] – zu verhindern, müssen derartige Einrichtungen frühzeitig erkannt und geschlossen werden.

Während politische Informationen auf sozialen Medien zunehmend eingeschränkt werden, gewinnen sogenannte „TikTok-Prediger“ bzw. „Hipster-Salafisten“ immer mehr an Reichweite. Auch das Internet ist kein rechtsfreier Raum, **islamistische Influencer** sollen daher **genau beobachtet** und strafrechtlich relevante Inhalte wie Aufrufe zu Hass und Gewalt von den Plattformen entfernt werden.

Um der Radikalisierung junger Menschen entgegenzuwirken, sind **Präventionsarbeit** sowie die **Vermittlung von Medien- und Digitalkompetenz** essenziell. Sicherheitsbehörden sollen dazu verstärkt mit Schulen, Jugendverbänden und anderen Einrichtungen, insbesondere aber auch den Glaubensgemeinschaften, zusammenarbeiten.

Westliche Werte schützen

Muslimische Verschleierungen wie Kopftuch, Burka oder Niqab werden leider immer häufiger auch genutzt, um Frauen in ihrer individuellen Freiheit einzuschränken. Die Islamische Glaubensgemeinschaft hat etwa zuletzt einer Islam-Lehrerin die Übernahme als Landeslehrerin verweigert, weil sie kein Kopftuch trägt.[2] Für uns ist klar: Jeder Mensch hat das Recht auf Selbstbestimmung – **aufgezwungene Verschleierung lehnen wir daher entschieden ab**.

Die jüngsten Entwicklungen im Nahostkonflikt haben auch einen muslimischen Antisemitismus an die Oberfläche gebracht. Aufgrund unserer Geschichte haben wir als Österreicher:innen eine besondere Verantwortung, uns **gegen jegliche Form des Antisemitismus** einzusetzen. Die Behörden sollen daher Demonstrationen im Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt („Pro-Palästina“-Demos) besonders gut überwachen, um eine radikale Einflussnahme zu unterbinden. Bei der Verbreitung antisemitischer Botschaften sollen die Demonstrationen aufgelöst werden.

Der muslimische **Religionsunterricht** an öffentlichen Schulen soll – ebenso wie der konfessionelle Religionsunterricht anderer Glaubensrichtungen – zugunsten eines Ethikunterrichts **abgeschafft** werden, der unterschiedliche Weltanschauungen sowie die Werte unserer Verfassung vermittelt.[3]

Um zu verhindern, dass **Imame** durch andere Staaten politisch instrumentalisiert werden, muss konsequenter darauf geachtet werden, dass in Österreich tätige Imame auch tatsächlich **hier ausgebildet** worden sind und **nicht aus dem Ausland finanziert** werden, was bereits Rechtslage ist.

[1] KURIER.at | 02.02.2024 | Nach Anschlag in Wien: Tewhid-Moschee als offizielles Gebetshaus aufgelöst

[2] DiePresse.com | 15.06.2024 | Gerichtsurteil: IGGÖ diskriminiert Islam-Lehrerin ohne Kopftuch

[3] JUNOS Beschlusslage | Abschaffung des Religionsunterrichts